

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 79 (1999)  
**Heft:** 5

**Artikel:** Zwischen den Fronten : die "Befreiungsarmee Kosovos" (UÇK)  
**Autor:** Lipsius, Stephan  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-166097>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Stephan Lipsius

## ZWISCHEN DEN FRONTEN: DIE «BEFREIUNGSARMEE KOSOVAS» (UÇK)

*Seit dem Beginn der Nato-Luftangriffe auf Jugoslawien am 24./25. März 1999 sieht sich die «Befreiungsarmee Kosovos» (UÇK) in der gleichnamigen ehemals autonomen südjugoslawischen Provinz vor allem mit zwei Herausforderungen konfrontiert: Zum einen gilt es, die von der UÇK kontrollierten sogenannten «befreiten Gebiete» gegen die – auch nach der einseitig von Belgrad am 6. April verkündeten Waffenruhe – anhaltenden serbischen Angriffe zu verteidigen. Zum anderen müssen die erheblichen Flüchtlingsströme vor Übergriffen geschützt und soweit möglich versorgt werden. Beide Aufgaben schliessen sich jedoch aus taktischen Gründen weitgehend aus.*

Teile des Kosovos (alb. Kosova) sind zudem militärisches Niemandsland, in dem die UÇK nur unter erheblichen Risiken Flüchtlingen Begleitschutz gewähren kann. Erschwerend kommt hinzu, dass die Befreiungsarmee vor Beginn der Nato-Luftschläge von dem westlichen Verteidigungsbündnis gebeten worden war, ab sofort auf eigene militärische Offensiven zu verzichten und ausschliesslich defensiv zu agieren. Dieser Aufforderung kam die UÇK nach eigenen Angaben bislang überwiegend nach.

Bei der im April 1996 durch Bekenner schreiben erstmals in Erscheinung getretene «Befreiungsarmee Kosovos» handelt es sich um die jüngste von insgesamt vier kosovarischen Untergrundorganisationen, deren historische Wurzeln bis in die sechziger und siebziger Jahre zurück reichen. Bis zum ersten öffentlichen Auftritt von drei maskierten Angehörigen der UÇK anlässlich einer Beerdigung Ende November 1997 in der zentralkosovarischen Ortschaft Llausha war jedoch von Beobachtern die Existenz der Untergrundarmee wiederholt in Frage gestellt worden. Hinter den Anschlägen auf serbische Polizeistationen und kosovarische «Kollaborateure», für die die Befreiungsarmee in ihren Kommunikés die Verantwortung übernommen hatte, vermuteten nicht zuletzt auch gemässigte Politiker vor Ort den serbischen Geheimdienst. Dieser habe, so die damaligen Annahmen, mit den Anschlägen einen Vorwand für die Aufrechterhaltung und Verschärfung der repressiven Politik der serbischen Regierung gegenüber der albanischen Bevölkerungsmehrheit gesucht. Inzwischen ist aus der Befreiungsarmee Kosovos eine stark angewachsene Guerilla-Armee geworden, der nach eigenen Angaben knapp 40 000 Kämpfer angehören,

die unter der Leitung von etwa 1000 Offizieren stehen.

Militärisch erlebte die UÇK jedoch im vergangenen Jahr 1998 gewaltige Höhen und Tiefen. So kontrollierte die UÇK seit dem Frühjahr zunächst weite Teile der zentralkosovarischen Region Dreniça westlich der Provinzhauptstadt Prishtina. Mitte April griffen die Kämpfe schliesslich auf die serbisch-albanische Grenzregion über, welche die UÇK nicht zuletzt mit Hilfe der lokalen Bevölkerung ebenfalls unter ihre Kontrolle brachte. Auf dem Höhepunkt ihres militärischen Erfolgs gelang es der UÇK im Frühsommer 1998, die beiden Gebiete durch einen Korridor miteinander zu verbinden. Einen ersten Rückschlag mussten die kosovarischen Untergrundkämpfer bereits Ende Juni hinnehmen, als serbische Sondereinheiten das nur wenige Tage zuvor besetzte Braunkohlekraftwerk Belacevac von den Kosovo-Albanern zurückeroberten. Den militärischen Wendepunkt zuungunsten der UÇK markierte schliesslich am 22. Juli 1998 der gescheiterte Versuch, das im Nordwesten des Kosovo gelegene Orahovac einzunehmen. Vier Tage später begann die lang geplante serbische Gegenoffensive, die mit einer Zangenbewegung innerhalb weniger Tage die Befreiungsarmee zum Rückzug aus der Region Dreniça zwang. So fiel am 28. Juli 1998 der Marktflecken Malishevo in serbische Hände, in dem sich über mehrere Wochen lang das UÇK-Hauptquartier befunden hatte.

### Gründung

Über die Entstehung der UÇK liegen nur wenig konkrete Informationen vor. Vieles spricht jedoch dafür,

dass es sich bei dem harten Kern der Untergrundarmee zum einen um ehemalige Offiziere albanischer Nationalität der früheren jugoslawischen Volksarmee handelt. Zum anderen setzen sich die Offiziere der UÇK aus versprengten und verselbständigten Resten jener Militär- und Polizeieinheiten zusammen, die Ende 1992 als Organe der international nicht anerkannten «Republik Kosova» aufgebaut werden sollten. Die damaligen Versuche scheiterten jedoch bereits im Anfangsstadium. Der unter der Leitung von Albaner-Führer *Ibrahim Rugova* seit der politischen Gleichschaltung der Provinz im Jahr

*Der bewaffnete Widerstand  
gegen die serbischen Machthaber, von  
Rugova stets als nicht zielführend abgelehnt,  
entzog sich so der Kontrolle und  
des Einflusses der gemässigten  
kosovarischen Politiker.*

1989 aufgebaute albanische Parallelstaat im Kosovo kam daher über die Schaffung eines eigenen parallelen Gesundheits- und Bildungssystems nicht hinaus. Der bewaffnete Widerstand gegen die serbischen Machthaber, von *Rugova* stets als nicht zielführend abgelehnt, entzog sich so der Kontrolle und des Einflusses der gemässigten kosovarischen Politiker.

Die *politische* Initiative zur Gründung der UÇK geht hingegen auf die «Volksbewegung Kosovas» (LPK) zurück. Die älteste der kosovarischen Untergrundorganisationen wurde im Februar 1982 im deutschen Exil als «Volksbewegung für eine Republik Kosova» (LPRK) gegründet. Dabei handelte es sich jedoch weniger um eine Neugründung als vielmehr um einen Zusammenschluss von vier im linken Spektrum angesiedelten illegalen kosovarischen Organisationen. Bis zur Schaffung der gemässigten «Demokratischen Liga Kosovas» (LDK) und der im Zuge des Zerfalls Jugoslawiens ausgerufenen «Republik Kosova» am 2. Juli 1990 diente die LPRK als konspiratives Sammelbecken jener politischen Kräfte, die eine staatliche Vereinigung aller Albaner in Jugoslawien anstrebten. Zwar anerkannte die LPRK die vom kosovarischen Parlament ausgerufene Unabhängigkeit, doch beteiligte sie sich weder an den Wahlen noch an den Organen des albanischen Schattenstaates und hielt an ihrem Status als Untergrundorganisation fest. Der Existenz der lediglich vom albanischen Parlament in Tirana an-

erkannten «Republik Kosova» trug man jedoch insofern Rechnung, als dass die «Volksbewegung» auf das «R» in ihrer Abkürzung verzichtete und fortan als LPK auftrat.

Die enge Verbindung zwischen LPK und der UÇK wird auch bei der politischen Vertretung der Befreiungsarmee deutlich. So benannte die UÇK in ihrer «Politischen Deklaration Nr. 7» vom 13. August 1998 erstmals sechs Personen, die mit sofortiger Wirkung die Untergrundarmee nach aussen hin vertreten sollten. Mit einer Ausnahme sind die betreffenden alle Mitglieder der LPK bzw. stehen ihr nahe. Gleichzeitig forderte die UÇK den kosovarischen Publizisten und Schriftsteller *Adem Demaçi* («albanischer *Nelson Mandela*») auf, sich um die Bildung einer Gegenregierung zu *Ibrahim Rugova* unter Einschluss der wichtigsten kosovarischen Oppositionsparteien zu bemühen. Ende des Jahres 1998 übernahm *Demaçi*, der insgesamt 28 Jahre in jugoslawischen Gefängnissen verbrachte, auch die politische Generalvertretung der Befreiungsarmee im Kosovo. Anfang März 1999 trat der 63jährige jedoch aus Protest gegen die Entscheidung des UÇK-Generalstabes, an den Kosovo-Friedensverhandlungen im französischen Rambouillet teilzunehmen, von seiner Funktion zurück.

Für ihre internationalen Kontakte kann die Befreiungsarmee seit Mitte Oktober 1998 auf sechs UÇK-Auslandsvertreter zurückgreifen, an dessen Spitze *Bardhyl Mahmuti* (Genf) steht. Im deutschsprachigen Bereich repräsentiert der 30jährige *Sabri Kiçmari* aus Bochum die UÇK, der gleichzeitig auch einer von drei Sprechern der «Demokratischen Vereinigung der Albaner in Deutschland» (DVAD) ist. Hinter der erwähnten Vereinigung steht die deutsche LPK-Sektion, die sich Ende 1994 in DVAD umbenannte.

Ihren politischen Führungsanspruch konnte die UÇK schliesslich auch innerhalb der kosovarischen Abordnung in Rambouillet durchsetzen. So übernahm der Chef der politischen Abteilung der UÇK, *Hashim Thaçi*, gegen den Widerstand der LDK und *Ibrahim Rugovas*, die Leitung der kosovarischen Verhandlungsdelegation. Ferner verständigten sich die beteiligten kosovarischen Parteien noch in Rambouillet auf die Bildung einer neuen Regierung unter der Führung von *Thaçi*, welche die seit 1992 amtierende Exilregierung unter Ministerpräsident *Bujar Bukoshi* (Sitz in Bonn und Tirana) ablösen sollte. Die am 2. April 1999 veröffentlichte Liste der neuen Regierung umfasst 15 Mitglieder, wobei fünf Posten für die LDK freigehalten wurden. Diese erklärte jedoch am 7. April, sich an der neuen Regierung nicht beteiligen zu wollen. Folgerichtig lehnte auch *Bujar Bukoshi* wenig später den Rücktritt seiner Regierung ab.

## Abspaltungen

Im Gegensatz zur LPK, die als politische Untergrundorganisation über keinen eigenen bewaffneten Arm verfügt, unterstützen die beiden anderen kosovarischen Untergrundorganisationen, die «Nationale Bewegung für die Befreiung Kosovos» (LKÇK) sowie die «Albanisch Revolutionäre Partei» (PRSH), die UÇK vor allem militärisch. Beide Organisationen sind aus Abspaltungen der LPK hervorgegangen und streben im Gegensatz zur «Volksbewegung Kosovos» die Errichtung eines «ethnischen Albanien» (der Begriff «Grossalbanien» wird als ideologisch belastet abgelehnt), also die Vereinigung Kosovos mit Albanien an. So schloss sich Mitte Mai 1998 die bis dahin im Kosovo eigenständig operierende LKÇK-Guerilla der UÇK an. Einige Monate zuvor waren bereits die «bewaffneten Kräfte» der PRSH in der Befreiungsarmee aufgegangen.

In politischen Fragen vertreten beide Untergrundorganisationen jedoch nach wie vor mitunter von der Befreiungsarmee abweichende Positionen. So kritisierten sowohl die LKÇK als auch die PRSH die Ausrufung eines einseitigen Waffenstillstandes am 8. Oktober 1998 durch den unter dem Einfluss der



Hashim Thaçi, der politische Führer der UÇK (Bild key)

das Kosovo kritisch gegenüber, da dieses aus Sicht der beiden Organisationen mittelfristig der Errichtung eines unabhängigen Kosovos im Wege stehe.

Finanziert wird der Kampf der UÇK vor allem durch den Fond «Vendlindja thërret» («Die Heimat ruft»), der von der LPK – der Sitz der Auslandsleitung befindet sich in der Schweiz – verwaltet wird und der weltweit in den wichtigsten Industrienationen über Konten verfügt. Vorwürfe, dass bei der Eintreibung von Spendengeldern Zwang ausgeübt werde, konnten bislang nicht belegt werden. Folgerichtig hoben Schweizer Behörden am 20. August vergangenen Jahres die Sperrung von Spendenkonten des Fonds «Vendlindja thërret» wieder auf, die sie knapp vier Wochen zuvor verhängt hatten.

Über schweres Waffengerät verfügt die UÇK bislang noch nicht. Ein Grossteil der Waffen stammt aus Beständen des benachbarten Albanien, wo im Zuge des Zusammenbruchs der staatlichen Ordnung im Frühjahr 1997 zahlreiche Kasernen und Waffenlager der albanischen Armee geplündert worden waren. In grösserem Stil kaufte die Befreiungsarmee im vergangenen Jahr auch Waffen in Serbien selbst auf, die ihr von frustrierten Angehörigen der serbischen Einheiten gegen Bezahlung überlassen werden. Fehlgeschlagen sind hingegen bislang auch alle Versuche der (bisherigen) kosovarischen Exilregierung unter *Bujar Bukoshi*, nennenswerten Einfluss auf die UÇK zu bekommen. Die in Konkurrenz zur UÇK von der Exilregierung von Albanien aus betriebene Aufstellung eigener bewaffneter Kräfte unter der Bezeichnung FARK blieb bislang militärisch ohne jede Bedeutung. Vielmehr lief im Spätsommer 1998 ein Grossteil der FARK-Offiziere zur UÇK über. ♦

*Finanziert wird der Kampf der UÇK vor allem durch den Fond «Vendlindja thërret» («Die Heimat ruft»), der von der LPK – der Sitz der Auslandsleitung befindet sich in der Schweiz – verwaltet wird und der weltweit in den wichtigsten Industrienationen über Konten verfügt.*

LPK stehenden UÇK-Generalstab. Auch die von der Balkan-Kontaktgruppe erzwungenen Friedensgespräche lehnten beide Organisationen ab. Ebenfalls im Gegensatz zur UÇK stehen die LKÇK und die PRSH einer Entsendung von Nato-Bodentruppen in

Dipl.-Pol. STEPHAN LIPSUS, geb. 1965, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Geographie in Marburg/Lahn (Hessen) und Wien. Diplomarbeit über den «Demokratisierungsprozess in Albanien» (1992). Freier Mitarbeiter des ARD-Hörfunkbüros Südosteuropa in Wien (1990–1995). Korrespondent in Litauen für Hörfunk und Zeitungen (1995–1996). Derzeit freier Journalist in Kassel. Autor wissenschaftlicher Aufsätze und Beiträge über die innenpolitische Entwicklung Albanien sowie zur Kosovofrage.